

Bern, den 04. Dezember 2024

Symbolische Politik auf den Schultern der bernischen Studierenden:

Gemeinsame Stellungnahme der Studierendenorganisationen der bernischen Hochschulen gegen die Entscheide des Grossen Rates des Kantons Bern die Studiengebühren zu erhöhen.

An der Wintersession 2024 hat der Grosse Rat des Kantons Bern die Haushaltsdebatte 2025 geführt. Dabei wurden zwei Entscheidungen gefällt, welche die Studierenden der bernischen Hochschulen massgeblich benachteiligen.

Die Finanzkommission des Grossen Rates des Kantons Bern (FiKo) hat in ihrem Bericht an den Grossen Rat zum Budget 2025 sowie zum Aufgaben- und Finanzplan 2026 – 2028 (AFP 26 – 28)¹ Studiengebührenerhöhungen an allen bernischen Hochschulen vorgeschlagen. Dies mit zwei Planungserklärungen zum AFP 26 – 28. Die konkreten Vorschläge der FiKo waren:

- **Planungserklärung 11.1, AFP 26 – 28²**
«Die bernischen Hochschulen (Universität Bern, Pädagogische Hochschule Bern, Bernische Fachhochschule) erheben für Bildungsausländerinnen und -ausländer, [...], grundsätzlich dreimal höhere Studiengebühren [...].»

- **Planungserklärung 11.2, AFP 26 – 28³**
«Die bernischen Hochschulen (Universität Bern, Pädagogische Hochschule Bern, Bernische Fachhochschule) erhöhen im Sinn einer Verursachergerechtigkeit die Studiengebühren für sämtliche Studentinnen und Studenten, um einen angemessenen Beitrag an die steigenden Kosten dieser Institutionen zu leisten.»

Die Planungserklärung 11.1 wurde mit 85 Stimmen bei 67 Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen. Auch die Planungserklärung 11.2 wurde mit 83 Stimmen bei 67 Gegenstimmen und drei Enthaltungen angenommen.

Die Vereinigungen der Studierenden der pädagogischen Hochschule Bern (VdS PHBern), der Verband der Studierenden der Berner Fachhochschule (VSBFH) und die Studierendenschaft der Universität Bern (SUB) sehen durch die geplanten Studiengebührenerhöhungen den Bildungs- und Forschungsstandort Bern in Gefahr.

¹ <https://www.rngr-service.apps.be.ch/api/gr/documents/document/a63d7c164094462abad34501380e3532-332/4/2023.FINGS.259-Beilage-D-577415.pdf>

² <https://www.rngr-service.apps.be.ch/api/gr/documents/document/2ad63abe4297440a9c1a5b6f6bfedca1-332/69/2023.FINGS.259-Abaenderungsantrag-D-578989.pdf>

³ <https://www.rngr-service.apps.be.ch/api/gr/documents/document/2ad63abe4297440a9c1a5b6f6bfedca1-332/69/2023.FINGS.259-Abaenderungsantrag-D-578989.pdf>

Ein unbegreiflicher Schritt

Die VdS PHBern, der VSBFH und die SUB haben bereits am 25. November 2024 eine gemeinsame Stellungnahme⁴ verschickt und dabei dargelegt, warum sie sich dezidiert gegen die Planungserklärungen stellen. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels und verschiedener politischer Entwicklungen auf nationaler und europäischer Ebene sind Studiengebührenerhöhungen unbegreiflich.

Die Attraktivität der bernischen Hochschulen wird mit diesem Schritt sinken. Die Chancengleichheit wird eingeschränkt. Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht macht es für den Kanton Bern keinen Sinn, die Teuerung, von der die Studierenden besonders betroffen sind, durch eine Gebührenerhöhung weiter zu beschleunigen.

Schon heute gehen drei Viertel der Studierenden in der Schweiz neben ihrem Studium einer Erwerbstätigkeit nach⁵. Ab einem gewissen Arbeitspensum ist davon auszugehen, dass eine Erwerbstätigkeit zu einer Verlängerung der Studiendauer führt. Durch die Erhöhung der Studiengebühren wird die Abhängigkeit der Studierenden von der Erwerbstätigkeit weiter verstärkt. Daraus wird wiederum eine erhöhte finanzielle Belastung für den Kanton Bern erfolgen, da diese Studierenden länger an den bernischen Hochschulen studieren müssen.

Die Erhöhung der Studiengebühren ist Symbolpolitik, die auf den Schultern der Studierenden lastet und keine nennenswerten positiven Auswirkungen auf die Kantonsfinanzen haben wird.

Aus den obengenannten Gründen haben sich die VdS PHBern, der VSBFH sowie die SUB dezidiert gegen die Planungserklärungen 11.1 und 11.2 der FiKo gestellt. Den Regierungsrat des Kantons Bern bitten die VdS PHBern, der VSBFH sowie die SUB die Studiengebührenerhöhungen so moderat wie möglich zu halten.

Am 5. Dezember um 16.00 Uhr findet auf dem Rathausplatz in Bern eine Spontankundgebung gegen die Erhöhung der Studiengebühren statt, die von der VdS PHBern, dem VSBFH und der SUB unterstützt wird.

Kontakt Studierendenvertretungen:

Zouhra Bokreta
Vorständin VdS PHBern

Joëlle Savary
Co-Präsidentin VSBFH

Sandro Arnet
Vorstand SUB

vds@phbern.ch

vorstand@vsbfh.ch

sandro.arnet@unibe.ch
078 664 77 65

⁴ https://sub.unibe.ch/admin/data/files/statement/file/61/20241125_mm_vds-vsbfh-sub_studiengebuehren.pdf?lm=1732311585

⁵ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/personen-ausbildung/tertiaerstufo-hochschulen/soziale-wirtschaftliche-lage-studierenden.html#einnahmequellen>